

16. August 2012

OPFER VON GEWALT

## Regierung will Hilfetelefon für Frauen

**Bericht zu Frauenhäusern belegt, dass nicht alle Opfer von Gewalt Unterstützung erhalten / Angebot in Bayern am schlechtesten.**



Gewalt gegen Frauen ist auch in Deutschland keine Seltenheit. Jährlich suchen hierzulande 17000 Opfer Schutz in Frauenhäusern. Foto: dpa

BERLIN (KNA). Ab 2013 soll es ein bundesweites Hilfetelefon für Frauen geben, die Opfer von Gewalt wurden. Es solle eine Lücke im Hilfesystem für Frauen schließen, kündigte Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) an. Sie legte einen Bericht zur Situation der Frauenhäuser und Fachberatungsstellen vor, den das Kabinett beschloss.

Nach dem vorgelegten Bericht suchen jährlich bis zu 17 000 Frauen in Deutschland Schutz in den etwa 350 Frauenhäusern. Mit Blick auf die Kinder der Betroffenen komme man auf etwa 30 000 bis 34 000 Personen pro Jahr, die der meist durch den Lebenspartner ausgeübten Gewalt auf diese Weise entfliehen. Das Gutachten schafft nach Angaben des Familienministeriums erstmals eine solide Faktenbasis zur Situation der Unterstützungseinrichtungen, für deren Ausgestaltung und Finanzierung die Bundesländer und Kommunen verantwortlich sind.

Schröder betonte, trotz des dichten Netzes an Unterstützungseinrichtungen für hilfsbedürftige Frauen und ihre Kinder fänden nicht alle Betroffenen Hilfe. Bund, Länder und Fachorganisationen müssten gemeinsam Versorgungslücken schließen.

Außer den Frauenhäusern gibt es laut Gutachten bundesweit mehr als 750

Fachberatungsstellen, die von Gewalt betroffene Frauen qualifiziert beraten und unterstützen. Diese umfassten auch etwa 130 Interventionsstellen bei häuslicher Gewalt, ungefähr 40 Fachberatungsstellen für Opfer von Frauenhandel sowie weitere für spezifische Gewaltformen. Dazu zählten etwa auf Zwangsverheiratung oder Stalking spezialisierte Fachberatungs- und Kooperationsstellen.

Verbesserungsbedarf sieht Schröder bei der Finanzierung. Die Bundesländer regeln dies laut Darstellung der Welt unterschiedlich. Meist werden die Mittel für die Leistungen der Frauenhäuser über eine Mischfinanzierung aus Fördermitteln der Länder und über Tagessätze aufgebracht. "Hier sehe ich in erster Linie die Bundesländer gefordert", sagte Schröder.

Das größte Angebot für Frauen mit Gewalterfahrung gibt es der Untersuchung zufolge in den Ballungszentren. In ländlichen Gebieten existierten hingegen deutlich weniger Einrichtungen. Suche eine Frau dort Schutz, müsse sie oft weite Wege in Kauf nehmen. In der Studie wird daher empfohlen, auf dem Land stärker auf mobile Beratungsangebote zu setzen.

Die größte Chance auf Zuflucht haben Frauen statistisch gesehen in Bremen. Hier gibt es pro 10 000 Einwohnerinnen 3,63 Frauenhausplätze. Das geringste Angebot hat Bayern mit umgerechnet nur 0,53 Plätzen. Im Jahr 2011 hätten in rund 9000 Fällen schutzsuchende Frauen nicht aufgenommen werden können – weil die Frauenhäuser überfüllt oder nicht geeignet waren. Die meisten der Frauen seien aber an andere Einrichtungen verwiesen worden. Ein Problem ist dem Gutachten zufolge die Betreuung der Kinder, die mit ihren Müttern in die Frauenhäuser kommen. Vielerorts gebe es nur ein rudimentäres Angebot für sie.

Autor: kna

Empfehlen

Registrieren, um die Empfehlungen deiner Freunde sehen zu können.

Twittern

0

## VIDEOS, DIE SIE AUCH INTERESSIEREN KÖNNTEN

Powered by Taboola



Wahnsinn:  
Geisterfahrer mit W...



Schwerer  
Feuerwerksunfall in ...



Freiburger  
Schwimmtalent



Zwei Tote im  
Rieselfeld - Polizei

### **Psychotherapie & Hypnose**

Bei Problemen mit Gesundheit, Beziehungen, Beruf, Lebenskrisen  
[www.Hypnosepraxis-Rausch.de](http://www.Hypnosepraxis-Rausch.de)

Google-Anzeigen

## **10 Jahre Hartz-Reformen: Radikalkur mit Nebenwirkungen**

Im Auftrag des damaligen Kanzlers Schröder hat der ehemalige VW-Manager Peter Hartz vor zehn Jahren seine Vorschläge zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit vorgelegt. Vor allem Hartz IV wurde für viele zum Reizwort. Eine Bilanz mit Licht und Schatten. **MEHR 2**

## **Gefangen auf der Warteliste**

Für ein Spenderorgan scheint manchem fast jedes Mittel recht. Doch wie geht es den Patienten, die unter solchen Betrügereien zu leiden haben?. **MEHR 1**

## **Bund zahlt nach bei Renten**

Über 100 000 Rentner bekamen jahrelang zu wenig Geld / Rund 35 Millionen Euro ausgeschüttet. **MEHR**